Europa's neues Spiel: Menschenrechte, nein danke!

Europäische Regierungen setzen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zunehmend unter Druck, zentrale Schutzrechte „neu auszulegen“, besonders bei Migration,

Abschiebungen und Inhaftierungen. Auf den ersten Blick klingt das nach juristischer Detailarbeit. Tatsächlich geht es um eine gezielte Verschiebung von Grundprinzipien. Staaten möchten mehr Freiraum, um Menschen festzuhalten, schneller zurückzuschicken und

genau jene Rechte zu relativieren, die ihnen bei einer harten Grenzpolitik im Weg stehen.

Das ist keine kleine Anpassung, sondern die Auflösung universeller Rechte für alle Menschen.
Menschenrechte sollen eigentlich für jeden

gelten, der sich im Einflussbereich eines Staates befindet – unabhängig davon, ob er Bürger ist oder nicht. Sie sollten gerade dann greifen, wenn Regierungen unter Druck stehen. Genau dafür gibt es Gerichte: um Macht einzuhegen, nicht um sie bequemer zu machen.

Doch „Bequemlichkeit“ ist jetzt das Schlüsselwort. Manche Regierungen argumentieren offen, der Gerichtshof habe „zu weit“ ausgeholt, wenn er Abschiebungen stoppt oder Individuen vor unmenschlicher Behandlung schützt.

Übersetzt heißt das: Menschenrechte sind willkommen, solange sie nicht stören. Sobald sie unbequem sind, sollen sie neu definiert werden – wie ein System, bei dem man einfach Funktionen entfernt, wenn sie lästig sind.

Hier lohnt sich der Blick

auf Europa selbst. Europa definiert sich gern darüber, nicht wie Russland zu sein – als wäre liberale Demokratie ein Dauerzustand, der sich von allein erhält. Gleichzeitig erleben wir einen Kontinent, der Schritt für Schritt autoritäre Tendenzen übernimmt, sauber

verpackt in juristischer Sprache. Russland setzt die Macht des Staates offen über die Rechte des Einzelnen. Europa macht es leiser: mittels „Neuauslegung“, „zeitlich begrenzten Maßnahmen“ oder bürokratischen Regelwerken. Der Kern ist derselbe, nur die Verpackung ist höflicher.

Beide Entwicklungen haben eines gemeinsam: Angst. Russland zeigt Stärke nach außen und kontrolliert innenpolitische Räume. Europa hält außen humanistische Reden und baut innen Schutzrechte zurück, sobald die politische

Lage angespannt ist. Unterschiedliche Methoden, doch der Impuls ist erstaunlich verwandt. Werte zeigen ihren Ernst erst dann, wenn es schwierig wird, sie zu verteidigen. In ruhigen Zeiten humanistisch zu sein ist einfach. Der eigentliche Test läuft jetzt, und

Europa reagiert mit dem Vorschlag, Menschenrechte „etwas zu lockern“. Genau so werden Prinzipien zu reinen Parolen.

Gleichzeitig kritisiert Europa Russland für autoritäres Regieren, während es still eigene Variationen davon

einführt. Es wirkt ein bisschen wie jemand, der anderen das Rauchen verbietet, selbst aber heimlich im Badezimmer qualmt. Das hohe moralische Podest beginnt zu bröckeln. Und das alles geschieht schleichend, unspektakulär, verpackt in Verwaltungssprache

und Gesetzesentwürfe. Demokratien verlieren ihre Substanz selten mit einem großen Knall, sondern in langsamen, höflichen Schritten.

Die Tragik besteht darin, dass viele Bürger diese Entwicklung sogar unterstützen, weil sie glauben, die

Einschränkungen beträfen „nur die anderen“. Das ist der klassische politische Bumerang. Viele halten Menschenrechte für etwas, das ihnen ohnehin zusteht, während andere nur „Gäste“ seien. Und während man applaudiert, merkt man nicht, dass universelle

Rechte keine persönliche Auszeichnung sind, sondern Schutzmechanismen für alle. Wenn man sie abbaut, verliert man selbst langfristig den Boden unter den Füßen.

Autoritäre Veränderungen beginnen fast nie damit, die

Mehrheit anzugreifen. Sie beginnen damit, zu bestimmen, wer überhaupt vollständig dazugehört und wessen Rechte „zählen“. Erst trifft es Geflüchtete. Dann mutmaßliche Straftäter. Dann politische Außenseiter. Schritt für Schritt verschiebt sich die Linie.

Heute ist es eine Ausnahme, morgen eine Regel. Und am Ende verwandelt sich der Rechtsstaat in einen Gastronomiebetrieb mit ständig wechselnder Speisekarte.

Beunruhigend ist, dass Politiker inzwischen ganz offen darüber sprechen,

Menschenrechte „neu zu gestalten“, um staatliches Handeln zu erleichtern. Und viele klatschen. Angst verkauft sich einfach besser als Prinzipien. Prinzipien sind mühsam und unspektakulär, Angst dagegen wirkt sofort.

Ein gefährlicher

Denkfehler steckt dahinter: Viele glauben, Menschenrechte seien feste Bestandteile unserer Zivilisation, wie Gebirge. In Wirklichkeit ähneln sie eher einer Software, die ständig aktualisiert und verteidigt werden muss. Ohne Pflege werden sie überschrieben.

Demokratien sterben selten durch Panzer. Sie zerbröckeln durch den Beifall zur dauernden Ausnahmeregelung. Am Ende hat man seinen eigenen Schutz aufgegeben, weil man glaubte, „nur andere“ seien betroffen.

Wenn Menschenrechte

nur dann gelten, wenn sie politisch angenehm sind, dann sind es keine Rechte mehr. Dann werden sie zu Privilegien. Und Privilegien können über Nacht verschwinden.